

Auf Stalins und Maos Spuren

Die Freundschaft zwischen China und Russland zeigt den USA Grenzen auf. Die Rückendeckung durch die Volksrepublik ermöglicht Russland, der US-Politik langfristig Widerstand zu leisten

Harald Projanski

Kann es den USA gelingen, China von Russland zu trennen, um die Russische Föderation im Konflikt mit den USA um die Ukraine zur Kapitulation zu treiben? Diese Frage beschäftigt bürgerliche Beobachter von Washington bis Warschau. Von der Antwort hängt möglicherweise nicht nur die Lebensdauer des gegenwärtigen politischen Systems in der Ukraine ab, sondern auch die Existenz Russlands als unabhängiger Staat.

Um die Bedeutung Russlands für China und die Sicht der Volksrepublik China auf Russland zu verstehen, ist ein Rückblick auf die Zeit unmittelbar nach der Gründung der Volksrepublik China sinnvoll. Nach ihrer Gründung am 1. Oktober 1949 war die Volksrepublik von den USA und anderen westlichen Ländern geächtet. Anerkannt wurde sie nur von der Sowjetunion und den mit ihr befreundeten »volksdemokratischen« Staaten.

»Gegenseitige Achtung«

Bei einem Aufenthalt in Moskau sprach Mao Zedong als Vorsitzender der Regierung der Volksrepublik China am 22. Januar 1950 mit Josef Stalin über einen Freundschaftsvertrag. Mao betonte, der Vertrag müsse »Konsultationen über internationale Fragen« vorsehen. Das inzwischen nicht mehr geheime Gesprächsprotokoll zeigt einen selbstbewussten Mao, der sich nicht als Untergebener des Sowjetführers sah. Mao forderte Lieferungen von Weizen und Textilien und bat um günstigere Bedingungen für Kredite, als die UdSSR sie vorgeschlagen hatte.

Im November 1950 schlossen die Sowjetunion und die Volksrepublik China den Freundschaftsvertrag. Das Abkommen sah Beratungen beider Staaten über internationale Fragen vor und die »gegenseitige Achtung der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität«. Das bezog sich vor allem auf die Zugehörigkeit der Insel Taiwan zu China. Dort, hatten sich mit Hilfe der USA prowestliche chinesische Nationalisten festgesetzt. Die Eigenständigkeit der chinesischen Kommunisten auch gegenüber der sowjetischen Bruderpartei hatte Mao schon zwei Wochen vor der Staatsgründung in einem Artikel betont. Darin hatte er geschrieben, die Chinesen hätten »vom Marxismus-Leninismus die wissenschaftliche Weltanschauung und die Theorie der sozialen Revolution gelernt«, die sie »mit Chinas Besonderheiten verbanden«.

Daran knüpft der heutige Generalsekretär der KP Chinas Xi Jinping an, wenn er vom »Sozialismus chinesischer Prägung« spricht. Es war stets ein Grundprinzip der Politik der Kommunistischen Partei Chinas, sich niemals einer anderen Macht unterzuordnen. Dies galt auch für die Sowjetunion, deren Ansehen nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus in der internationalen Arbeiterbewegung höher war als je zuvor. Als Nikita Chruschtschow nach Stalins Tod die Führung der KPdSU übernommen hatte, verschlechterte sich das Verhältnis zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei. Die chinesischen Kommunisten bemängelten vor allem die oberflächliche Auseinandersetzung Chruschtschows mit Stalin auf dem XX. Parteitag der KPdSU. Die KP Chinas kritisierte in einem gemeinsamen Aufsatz des Zentralorgans und des theoretischen Organs der Partei im September 1963, die KPdSU-Führer hätten »Stalins Leben und Werk nicht allseitig historisch und wissenschaftlich analysiert«.

»Großmachtchauvinismus«

Schwerwiegender war, dass Chruschtschow den Streit um ideologische Fragen auf die Zusammenarbeit beider Staaten ausweitete. Bereits im Juli 1960 hatte Chruschtschow mehr als 1.000 sowjetische Spezialisten aus China zurückgerufen. Sie waren in wichtigen Wirtschaftsbereichen bis hin zur Atomindustrie tätig gewesen. Nach dem Sturz Chruschtschows nannte das theoretische Organ der KP Chinas im November 1964 ihn »wortbrüchig« und bewertete sein Politik als »Großmachtchauvinismus«. Die chinesische Führung zog das Fazit, Chruschtschow habe versucht, die Sowjetunion »wieder in die alten Bahnen des Kapitalismus zu bringen«. Das war zwar übertrieben, was die Ära Chruschtschow anging. Aber die Chinesen hatten mehr als andere erfasst, wohin die sowjetische Bürokratie ihr Land letztlich führte. Nur rund zweieinhalb Jahrzehnte später geschah tatsächlich, wovor die chinesischen Kommunisten gewarnt hatten.

Die Beziehungen Chinas zur Sowjetunion verschlechterten sich nach 1964 weiter, auch unter dem Chruschtschow-Nachfolger Leonid Breschnew. Sowjetische Parteiideologen verdammt wortreich und wirkungslos den »Maoismus«, dem sie vorwarfen, er habe eine »militär-bürokratische Diktatur« errichtet. Vergeblich warnten Analytiker der KGB-Auslandsaufklärung die Parteiführung intern, eine Eskalation des Konfliktes mit der VR China bringe der Sowjetunion keinerlei Vorteile.

Die Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und der VR China gipfelten im März 1969 in einem bewaffneten Grenzkonflikt am Fluss Ussuri. Dabei kamen nach sowjetischen Angaben 58 sowjetische Grenzschützer um. In der Folge polemisierte die VR China mehr als ein Jahrzehnt gegen die »neuen Zaren« und den »russischen Sozialimperialismus«. China näherte sich außenpolitisch den USA, auf antisowjetischer Basis. Der Tiefpunkt dieser Entwicklung war 1979 eine chinesische Militärintervention gegen das mit der Sowjetunion befreundete Vietnam. Zudem entschied sich China, ab 1980 die gegen die sowjetischen Truppen in Afghanistan kämpfenden Mudschaheddin zu unterstützen.

Die VR China vermeidet inzwischen jede Erwähnung dieses düsteren Kapitels. Der tiefere Sinn des Bruches der VR China mit der Sowjetunion lag aus heutiger chinesischer Sicht darin, die Nabelschnur zur Sowjetunion zu trennen und China einen eigenen, unabhängigen Entwicklungsweg zu ermöglichen. Dass es nach dem Ende der Sowjetunion zu einer Annäherung zwischen Chinesen und Russen kam, entsprach dem chinesischen Interesse einer balancierten Außenpolitik. China bemüht sich, Konfrontation und Blockaden in den internationalen Beziehungen zu vermeiden. Eine wesentliche Rolle spielte aber auch der politische Ansatz des im Jahr 2000 gewählten russischen Präsidenten Wladimir Putin.

»Vertrauensvolle Partnerschaft«

Er wollte die internationale Aktionsfähigkeit Russlands nach den lähmenden neunziger Jahren wieder vergrößern. Dazu gehörte auch eine Verbesserung der Beziehungen mit der Volksrepublik China. Im Juli 2001 schlossen China und Russland ein Abkommen über »gute Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit«. Darin vereinbarten beide Länder eine »gleichberechtigte vertrauensvolle Partnerschaft und ein strategisches Zusammenwirken«. Russland und China bekannten sich zu einer »prinzipiellen Position in der Taiwan-Frage« und zu einer »militärischen und militärtechnischen Zusammenarbeit«. Beide Seiten bekannten sich auch dazu, Gespräche über den Verlauf der russisch-chinesischen Grenze an strittigen Abschnitten zu führen.

Dieses Thema war für die Chinesen von großer Bedeutung. Der Volksrepublik war es 1964 nicht gelungen, mit der Sowjetunion eine Regelung der Grenzfrage zu erreichen. Die Chinesen betrachteten die faktische Grenzziehung als eine Folge »ungleicher Verträge«, die das Zarenregime China 1858 und 1860 aufgezwungen hatte.

Russlands Präsident Wladimir Putin schloss im Oktober 2004 eine Vereinbarung zur Markierung der Grenze. Dabei kam Russland den Chinesen entgegen, indem es ihnen eine Fläche von 337 Quadratkilometern an der Grenze zusprach. Die Duma ratifizierte das Abkommen im Mai 2005. Dabei gab es Kritik an Putin, auch von russischen Kommunisten. Einer ihrer Duma-Abgeordneten monierte, durch die Regelung verlören russische Bürger ihre Datschen. Doch die weitere Entwicklung zeigte bald, dass bei den russisch-chinesischen Beziehungen

mehr auf dem Spiel stand als das Schicksal von Kleingärtnern. Die Bedeutung der Grenzfrage für die Chinesen ließ sich nicht in Quadratkilometern messen. Moskaus Kompromissbereitschaft ermöglichte, eine psychologische Barriere abzubauen. Das erleichterte die weitere freundschaftliche Annäherung.

»Reiche Ernte«

Mit dem Amtsantritt von Xi Jinping als Generalsekretär der KP Chinas 2012 begann ein neues Kapitel der Freundschaft beider Länder. Im selben Jahr wurde Putin nach einer vierjährigen Zwischenetappe als Premierminister wieder zum Präsidenten gewählt. Mit Xi kam jemand an die Spitze der chinesischen Kommunisten, dem nicht nur Russlands geopolitische Bedeutung bewusst ist, sondern der auch eine kulturelle Affinität zu den Russen mitbringt. Xi kennt Klassiker der russischen Literatur, von Nikolai Gogol über Iwan Turgenjew bis zu Fjodor Dostojewski und Anton Tschechow. Diese Literatur habe ihm viel gegeben und freundschaftliche Gefühle für das russische Volk in ihm geweckt, sagte Xi in Interviews.

Bei seinem ersten Staatsbesuch in Moskau im März 2013 hielt Xi an der russischen Diplomatenhochschule eine Vorlesung. Darin betonte er, das »strategische Zusammenwirken« Chinas und Russlands habe eine »langfristige Perspektive«. Unter dem Beifall von Dozenten und Studenten sagte Xi, es gelte, die russisch-chinesischen Beziehungen so zu entwickeln, »dass wir eine reiche Ernte einfahren«. Putin nannte den Staatsbesuch des chinesischen Parteichefs 2013 »historisch«.

Im folgenden Jahr erlebten die russisch-chinesischen Beziehungen »einen Härte-test«, so der Moskauer Sinologe und Xi-Biograph Juri Tawrowski. Als Russland nach dem Putsch in Kiew durch einen unblutigen Militäreinsatz der Bevölkerung der Krim die Möglichkeit bot, mit einem Referendum Russland beizutreten, verhielt sich China neutral. In der Abstimmung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen, bei der eine Mehrheit von 100 Staaten das Ergebnis der Volksabstimmung für ungültig erklärte, enthielt sich die Volksrepublik. China verurteilte Russland nicht. Mehr noch, die von der Kommunistischen Partei gelenkten chinesischen Medien gaben eindeutige Einschätzungen der Ereignisse. Die englischsprachige Global Times, herausgegeben von einer Verlagsholding des KP-Zentralorgans kommentierte im März 2014, der Westen habe »Russlands Willen unterschätzt, seine Kerninteressen in der Ukraine zu verteidigen«. Die Strategie der westlichen Staaten, eine »prowestliche ukrainische Regierung« zu unterstützen, so die chinesische Zeitung, führe »in ein Chaos, das zu beseitigen der Westen nicht die Fähigkeit oder nicht die Weisheit hat«. Das waren prophetische Worte. China, so fügte das KP-Blatt hinzu, werde »Russland nicht enttäuschen, wenn es sich in Schwierigkeiten befindet«. Die Volksrepublik werde »ein verlässlicher strategischer Partner« sein.

Dass es bei dieser Linie blieb, betonte Xi Jinping im Jahr darauf gleich doppelt. Am 6. Mai 2015 veröffentlichte er in der russischen Regierungszeitung Rossiskaja Gaseta einen Artikel zum 70. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus. Er erinnerte daran, dass »Russland der Hauptschauplatz des Zweiten Weltkrieges in Europa war«. Und er würdigte dabei auch die chinesischen Freiwilligen in der Roten Armee, darunter der älteste Sohn Mao Zedongs, Mao Anin, der in einer Panzereinheit gekämpft hatte. Auf chinesisch-dezente Weise erinnerte Xi seine Leser daran, dass die russisch-chinesische Freundschaft auf den historischen Spuren Stalins und Mao Zedongs sei. Und er zitierte den russischen Historiker Wassili Kljutschewski: Wer das geschichtliche Gedächtnis verlöre, dessen Seele verlaufe sich in der Finsternis.

Ohne die Ukraine zu erwähnen, hatte der chinesische Partei- und Staatschef damit sehr deutlich gemacht, was er von der ukrainischen Geschichtspropaganda mit ihrer Rehabilitierung von Nazikollaborateuren hält: Gar nichts. Drei Tage nach der Veröffentlichung dieses Beitrages marschierten Einheiten der Chinesischen Volksbefreiungsarmee gemeinsam mit Soldaten der russischen Streitkräfte über den Roten Platz, zur Feier des Tages des Sieges. Wer damals auf dem Roten Platz war, konnte sehen, dass Putin und Xi gemeinsam aus einer Tür in der Kremlmauer traten. Es war ein symbolischer Moment, der einen Schulterchluss symbolisierte.

»Kraft Sibiriens«

Zu diesem Zeitpunkt tauschten das Sekretariat des ZK der KP Chinas und die russische Präsidentenadministration bereits regelmäßig interne Materialien aus, um gemeinsame politische Einschätzungen zu entwickeln. Daher hatte Xi allen Grund, auf einer Festveranstaltung im Juni 2016 in Moskau zum 15. Jahrestag des Freundschaftsvertrages das »hohe Maß an gegenseitigem politischen Vertrauen« zu betonen. Und der fügte hinzu, seit 2001 habe sich das Handelsvolumen zwischen beiden Staaten mehr als verelfacht.

Dennoch zeigten sich in den chinesisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen erhebliche Probleme. Der Sinologe Tawrowski schreibt in seiner Xi-Biographie von einer »Unfähigkeit der Beamten und Geschäftseliten, die Beziehungen auch in entsprechende wirtschaftliche Kooperation zu konvertieren. In Russland wurde die geringe Investitionsbereitschaft der Chinesen beklagt und eine große Zurückhaltung bei der Vergabe von Krediten. Chinesische Experten schrieben, die Beziehungen seien »oben warm und unten kalt«.

Dafür gab es mehrere Gründe. Die Moskauer Kompradorenbürokratie bemühte immer wieder das Schreckensbild von der chinesischen Gefahr. Aber auch in China orientiert sich ein Teil der Eliten im Süden des Landes auf den US-Markt. Hinzu kamen chinesische Bedenken, russische Unternehmen und »Oligarchen« würden Geld eher bei westlichen Banken anlegen, als es zur Stärkung ihres Landes und zur Schaffung eines gemeinsamen Blockes mit China zu verwenden.

Diese Bedenken sind inzwischen durch den westlichen Wirtschaftskrieg gegen Russland obsolet geworden. Zur weiteren Verflechtung der Volkswirtschaften Chinas und Russland trägt auch die Gaspipeline »Kraft Sibiriens« bei, die im Dezember 2019 eröffnet wurde. Die 2.159 Kilometer lange Gasröhrentrasse versorgt die Volksrepublik mit Gas aus zwei sibirischen Förderstätten. Dieses Projekt hatte Putin bereits 2012 dem staatseigenen Energiekonzern Gazprom aufgetragen. Die Röhren verlegte die Firma Stroigasmontage von Putins früherem Judotrainer Arkadi Rotenberg.

»Kraft Sibiriens« leitet pro Jahr 61 Milliarden Kubikmeter Gas nach China. Dieses Projekt machte Russland weniger anfällig für einen Boykott westlicher Länder, auch wenn die westsibirischen Förderstätten noch nicht mit der nach China führenden Straße verbunden sind. In jedem Fall ermöglichte die stärkere Vernetzung mit China Russland auch, seine Interessen gegenüber dem ukrainischen Staat entschlossener wahrzunehmen. Zufall oder nicht – im Jahr der Inbetriebnahme von »Kraft Sibiriens« begann Russland mit der Ausgabe von russischen Pässen an die Bewohner der Volksrepubliken Donezk und Lugansk im Donbass.

Die westliche Boykottpolitik schafft ferner in Russland einen Markt für chinesische Automobile. Zudem eröffnen sich Möglichkeiten gegen den US-Dollar einen Rubel-Yuan-Block zu formieren und gegen die Hegemonie der amerikanischen Währung ein Gegengewicht zu schaffen.

»Beziehungen neuen Typs«

Dass sich die immer engere Kooperation zwischen Russen und Chinesen nicht auf Wirtschaftliches beschränkt, wurde am 4. Februar dieses Jahres deutlich. Da veröffentlichten Xi Jinping und Putin in Beijing eine »gemeinsame Erklärung« beider Staaten »über internationale Beziehungen, die in eine neue Epoche eintreten« und über eine »globale stabile Entwicklung«. Darin wenden sich beide Staatsführungen gegen »eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten unter dem Vorwand der Demokratie und der Menschenrechte«. Russland und China »treten auf gegen bunte Revolutionen«, gemeint sind proamerikanische Umsturzversuche vor allem in postsowjetischen Ländern. Beide Staaten wenden sich »gegen die weitere Ausdehnung der NATO« und auch gegen das von den USA, Großbritannien und Australien geschaffene Militärbündnis AUKUS. China erklärt sein »Verständnis« für den Wunsch Russlands »langfristig rechtlich verpflichtende Sicherheitsgarantien in Europa« zu erhalten.

Die gemeinsame Erklärung bezeichnet das Verhältnis zwischen Russland und China als »zwischenstaatliche Beziehungen neuen Typs«. Darin steht auch der Satz: »Die Freundschaft zwischen den beiden Staaten kennt keine Grenzen«. Es gebe dort »keine verbotenen Zonen«. Das war eine Andeutung auf eine militärische Kooperation in der Konfrontation mit den USA und deren Verbündeten. Bürgerliche Kommentatoren spekulierten nach dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine, ob Putin die chinesische Führung über sein geplantes Vorgehen informiert habe. Dabei hieße es die chinesische Klugheit zu unterschätzen, ginge man davon aus, dass die Führung der KP Chinas nicht mit einer Eskalation zwischen Russland und der US-hörigen Führung in der Ukraine gerechnet habe.

In der Abstimmung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 2. März über die russische Militäroperation in der Ukraine hat sich China der Stimme enthalten. Doch um so eindeutiger sind die Einschätzungen in der von der KP Chinas angeleiteten Presse. Am 20. März kommentierte Global Times: »Die USA und ihre NATO-Verbündeten liefern Waffen in die Ukraine, um zu verhindern, dass der Krieg schnell endet, damit sie die Profite ihrer militärindustriellen Giganten maximieren können«. Die USA, so die chinesische Zeitung, wollten »den Schaden für das russische Volk maximieren«. China hingegen suche »eine Lösung durch diplomatische Anstrengungen«. Zugleich kritisierte das chinesische Blatt Michailo Podoljak, den Berater des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenskij. Podoljak hatte die Chinesen aufgefordert, die »Koalition der zivilisierten Länder« gegen »die russische Barbarei« zu unterstützen. Global Times gab dem Präsidentenberater zu verstehen, er mache »einen großen Fehler, wenn er glaube, er könne China belehren«.

Zwei Tage später machte Global Times die grundsätzliche chinesische Position deutlich: Russland sei »ein unersetzlicher Partner« und »strategisch wichtig für China«. Denn China und Russland trügen gemeinsam »die schwerste Last im Widerstand gegen die US-Hegemonie«. Auf der Basis dieser Haltung hat die Volksrepublik nach dem Beginn der russischen Militäroffensive dem politischen Trommelfeuer der EU standgehalten. Vergeblich versuchte die EU, China von Russland zu trennen und zu einer Verurteilung der Russen zu drängen. Die populäre chinesische Fernsehmoderatorin Liu Xin ironisierte diese Bemühungen des Westens. Denn sie liefen darauf hinaus: »Kannst du mir helfen, deinen Freund zu bekämpfen, damit ich mich darauf konzentrieren kann, später gegen dich zu kämpfen?«

Standfest zeigte sich auch der chinesische Außenminister Wang Yi anlässlich eines Besuches seines russischen Kollegen Sergej Lawrow in Beijing Ende März. Die russisch-chinesischen Beziehungen, so Wang Yi, hätten »dem jüngsten Test der sich wandelnden internationalen Lage standgehalten« und »ein nachhaltiges Momentum erreicht«.

Die sich abzeichnende territorial-politische Umgestaltung auf dem Gebiet der bisherigen Ukraine hat eine Dynamik zur Bildung neuer prorussischer De-facto-Staaten. Das wäre für die chinesische Diplomatie und Politik keine einfache Herausforderung. Doch es lässt sich angesichts der chinesischen Haltung die Prognose wagen, dass die Kommunistische Partei Chinas, die das bevölkerungsreichste Land der Erde führt, mit Blick auf die Ukraine nichts tun wird, was den Interessen des geostrategischen Gegners USA nützt.

Harald Projanski schrieb an dieser Stelle zuletzt am 19. März zur [Vorgeschichte des Kriegs in der Ukraine](#).

<https://www.jungewelt.de/artikel/424278.östliche-partnerschaft-auf-stalins-und-maos-spuren.html>